

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1927**

248 (25.10.1927)

# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 9 gestrichelte Mittelzeile kostet 10 Pfennig, für ausserhalb des Kreises 12 Pfennig. Gestrichelte Mittelzeile und Stellenanzeige 8 Pfennig. Die 12 gestrichelte Mittelzeile 45 Pfennig. o. Rabatt nach Tarif, bei der Nichtabholung des Anzeigenblattes, bei gestrichelter Darstellung und bei Konten außer Kraft tritt. o. Gestrichelte Mittelzeile 10 Pfennig. o. 24 St. der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags.

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“  
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Heim und Wandern  
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenclubs

Bezugspreis monatlich 2.30 Mark o. Ohne Jahressumme 2 Mark o. Durch die Post 2.40 Mark o. Einzelhefte 10 Pfennig o. Erscheint 8 mal wöchentlich  
Vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2630 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Wollstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfreund-Jillisten: Darmstadt, Postfach 22; Baden-Baden, Friedrichstraße 26; Kehl, Friedrichstraße; Offenburg, Comptstraße 24

Nummer 248 Karlsruhe - Dienstag, den 25. Oktober 1927 47. Jahrgang

## Das geprellte Zentrum

### Das führerlose Kabinett - Die vermoderten Richtlinien - Köhlers Ende?

Der vorliegende Artikel ist dem Soz. Pressebündnis aus parlamentarischen Kreisen des Zentrums zur Verfügung gestellt worden. Die in ihm festgestellten Tatsachen sind so erdrückend, daß selber Herr Marx an der gekennzeichneten Arbeiterschaft nicht den geringsten Zweifel hegen dürfte.

Die Regierung Marx hat die Gelegenheit des fünftägigen Reichstags nicht vorbegeben lassen, ohne sich wiederum in schändlicher Form zu blamieren, und den Nachweis zu liefern, daß eine einseitige, von einem geschlossenen Willen getragene Politik in diesem Kabinett gar nicht möglich ist. Die Wäcker des Reichshauses, der Beamtenbesoldungsfrage und endlich des Liquidationsverfahrens, haben etliche Pfeile und Kniffe erhalten, ohne daß in parlamentarischer Behandlung dieser Vorlagen selbst auch nur ein nennenswerter Fortschritt erzielt worden wäre. Man kann sich drei Richtungen in der Regierungspolitik erkennen: Finanzministerium, Arbeitsministerium und Wirtschaftsministerium haben ihre Sonderpolitik und nicht selten erweist man das schärfste Schauspiel, daß in aller Öffentlichkeit ein Minister den anderen korrigiert. Diese Zweipoligkeit und Uneinheitlichkeit ist die Ursache dieser Regierung zurückzuführen.

Auch im Zentrum war man sich bewußt, daß mit den unpopulären Monarchisten keine republikanische und soziale Politik zu machen ist. Trotzdem hat die Zentrumspolitik in dieser Linie mit Rücksicht auf kulturpolitische Fortschritte den Drängen der Bürgerblockanhänger nachgegeben und ist in dieser Hinsicht eine Verbindung eingegangen, die, je länger sie dauert, eine Gefahr für das Zentrum selbst ist.

Zur Bewusstseinsbildung des politischen Bewusstseins stellte man das eine veraltete Richtlinien auf, die die Deutschnationalen nur überflüssig zu kennen, um von vornherein zu wissen, daß diese Richtlinien lediglich Kautschuk darstellen, hinter denen die unpopuläre politische Rechte ihre parteipolitischen Sonderziele zu erreichen suchte. Tatsächlich war die Tinte, mit der diese Richtlinien niedergeschrieben wurden, noch nicht ganz trocken, als die unpopuläre Presse gegen sie zu lüdnern begann. Es wurde die Republik beschimpft und offene Propaganda für die Monarchie gemacht.

Die Krönung fand diese unehrliche Politik auf dem Parteitag der Deutschnationalen in Königsberg, wo Graf Westarp als Chef der Politik der Befreiung von der wesenfremden Staatsform verkündet hat und Herr von Reudell die Parole ausging: Die Deutschnationalen in der Regierung müßten „mehr sein als scheinen“. Die Zentrumspresse hegebt auf, das Wort des Herrn Zentrumsvorstandes Joos gefiel sehr, das „widerliche unehrliche und alle politische Sitten verletzende Doppelspiel“, das schon in dem Augenblick des Eintritts der Deutschnationalen in die Reichsregierung begonnen habe. Schließlich erschien der Vorsitzende der Zentrumspresse auf dem Parteitag und erklärte, man lasse sich dieses Doppelspiel nicht länger gefallen und beim Wiedereintritt des Reichstags würde man denen um Westarp das nötige eröffnen. Das Schema, „so kann es nicht weitergehen“, war fast eine flüchtige Andeutung in allen Drängen des Zentrums geworden.

Der Reichstag ist inzwischen wieder nach Haus gegangen, aber die merkwürdige still geworden um die Auslegung der Richtlinien. Die ansehnlichsten Verhandlungen zwischen Zentrum und Deutschnationalen haben zwar stattgefunden, man ist sich auch ordentlich überhandlungen in die Öffentlichkeit gedrungen. Das hat seine eigenen Gründe. Im Reichstagsgebäude die Deutschnationalen mit äußerster Zufriedenheit gesehen, die Zentrumspresse hat sich auf die Forderung des Zentrums nicht eingelassen hatten. Es handelte sich, wie man hört, um zwei Dinge. Zunächst verlangte das Zentrum die Einstellung der Liquidation gegen die Reichsfinanzminister und die Richtlinien in diesem Punkte. Die Deutschnationalen gaben allgemeine Erklärungen ab, mit denen nichts Bestimmtes anzufangen ist. Sie wollten zwar die schwarz-rot-goldene Presse der Rechte nicht, weiter höhnend von der schwarz-rot-goldenen Presse zu sprechen und ein lautes Geschrei zu erheben, wenn die preussische Regierung der Reichsflagge die nötige Achtung verschaffen sucht.

Ganz abgesehen davon haben sich die Deutschnationalen in dem anderen Punkt verhalten. Es wurde von ihnen verlangt, daß sie die monarchistische Agitation einzustellen hätten, da eine vollständige Propaganda zu einer republikanischen Regierung eine Unmöglichkeit darstelle. Das ist zwar eine Binsenwahrheit, aber die Deutschnationalen piffen auf die Richtlinien und Einwendungen des Zentrums und erklärten, auf diese Agitation nicht verzichten zu können. Man gina resultatlos aneinander. Es war noch einmal eine authentische Auslegung der Richtlinien zu geben. Das Zentrum aber nicht. Das Zentrum müßte des-

halb erleben, daß die so schön ausgeschickten Richtlinien beiseite geschoben wurden. Das unehrliche Doppelspiel geht also weiter und man kann gespannt auf das Echo sein, das aus den Arbeiterväusern im Westen zurückhallen wird. Herr Marx aber tut erst recht als sei nichts geschehen.

Dieser blamable Ausgang der laut angekündigten Verhandlungen mit der Rechte wird ergänzt durch die Schwierigkeiten, die Reichsfinanzminister Köhler der Reichstagsaktion des Zentrums eingebrockt hat. In seiner Magdeburger Rede an die „lieben Kollegen und Kolleginnen“ hat dieser ionderbare Minister eine Gehaltsaufbesserung bis zu 33 1/2 Proz. auf die Grundgehälter angekündigt. Die Folge war, daß automatisch eine allgemeine Preiserhöhung eintrat. Zwar stellte sich bei näherer Prüfung der Besoldungsvorlage heraus, daß von einer Erhöhung in diesem Ausmaß gar keine Rede sein kann. In diesem Zusammenhang haben nun die demokratischen Blätter mit Recht behauptet, daß der Reichsfinanzminister in der Zentrumskolonie des Reichstags wegen seiner Beamtenpolitik angegriffen worden sei und er dem Reichskanzler sein Amt zur Verfügung gestellt habe. Die Tatsache ist richtig. Aber die mündliche Bitte um Entlassung vom Amt dürfte die eine Einstellung des Herrn Köhler vorläufig nichts anderes als eine schöne Geste sein. Nichts ist allerdings, daß die Unzufriedenheit mit dem Reichsfinanzminister allgemein ist und daß sie nach seiner Rede im Reichstag noch gesteigert hat. Dort arbeitete er fast mit den gleichen Argumenten wie in Magdeburg, überging den wesentlichen Punkt, die Besoldungsfrage und erwähnte auch nichts davon, daß der Reparationsvertrag wegen seiner Finanzpolitik bei ihm vorstellig geworden wäre. Da Herr Köhler sich über die Besoldungsfrage hohen Millionen hingeworfen hat, rechnet man in der Zentrumskolonie sogar damit, daß die Reichstagsmehrheit von den an sich schon kümmerlichen Erhöhungen Abstriche machen wird, um die Besoldungsvorlage überhaupt zu retten. Die Zentrumskolonie hat jedenfalls nicht umsonst beschlossen, während der vierwöchentlichen Reichstagsferien jeden Donnerstag eine Vollversammlung abzuhalten. Vor allem aber ist die Unzufriedenheit über die Finanz- und Beamtenpolitik des Herrn Köhler in den Kreisen der Arbeiter und Beamten der Zentrumspartei sehr groß, so daß man die Töne dieses Finanzministers als sehr beschönigt. Sinzu kommt noch die Einbuße an Arbeitern, die dieser bis dahin als gut republikanisch geltende Mann erlitten hat, als er sich so merkwürdigartig bereit erklärte, in die Regierung Marx einzutreten.

Durch die unnatürliche Verbindung des Zentrums mit der Rechte in der gegenwärtigen Regierung sind für das Zentrum Tage angebrochen, von denen es mit einem biblischen Wort sagen kann: „Sie gefallen uns nicht“. Die Richtlinien haben schon längst die Bedeutung eines historischen Dokuments erlangt und die Wirtschafts- und Finanzpolitik hat breite Wählermassen gegen die Parteileitung aufgebracht. Es kistert im Gebälk und das ist der Grund der hohen Tat vom Januar dieses Jahres, die fortwährend Böses adären muß.“

Die Schwierigkeiten, die gegenwärtig im Zentrum so augenfällig klar in Erscheinung treten, infolge seiner Koalition mit den Deutschnationalen, sind noch erheblich größer, als in dem oben wiedergegebenen Artikel eines parlamentarischen Zentrumsmannes dargestellt wird. Um von anderen nicht zu sprechen, sei nur an den „Fall Wirth“ erinnert. Wir glauben bestimmt versichern zu können, daß Herr Dr. Wirth seinen Kampf gegen die weitere Verbindung des Zentrums mit den Deutschnationalen fortsetzen wird und er gegebenenfalls auch Konsequenzen nicht scheut, die sich aus diesem Kampfe für ihn oder für das Zentrum ergeben könnten. Es darf auch gesagt werden, daß die Zentrumspartei, die den Bürgerblock wollten, innerhalb des Zentrums einen systematisch aufgelegenen Kampf gegen die anderen Zentrumskreise bisher geführt haben, die in dem Bürgerblock ein innen- und außenpolitisches Unglück sehen und die die schleunige Abkehr des Zentrums von der Bürgerblockpolitik fordern, weil diese auch das Zentrum selbst gefährde. Die Ergebnisse der letzten Wahlen und die unbestreitbar großen Erfolge, die Herr Dr. Wirth in Versammlungen in vorwiegend katholischen Orten und vor katholischen Zuhörern erzielt, haben im Zentrum selbst auch einige Wirkungen ausgelöst. Dazu kommt noch die heute im Zentrum wohl allgemein vorhandene Erkenntnis, daß Herr Dr. Marx als Kanzler infolge seiner Schwächehaftigkeit und Unentschlossenheit ein totaler Versager geworden ist. Die Hoffnungen, die 1. Zt. auf dem linken Flügel des Zentrums durch die Ernennung des Herrn Dr. Köhler zum Reichsfinanzminister gehegt worden sind, verflüchtigen sich zusehends. In katholischen Arbeitertreffen, besonders in Rheinland-Westfalen, steigt die Erregung und in diesen Kreisen glaubt man, daß innerhalb des Zentrums gegen Herrn Dr. Wirth wegen seiner rückhaltlos bekundeten demokratisch-republikanischen Auffassung ein gehässiger Kampf geführt worden ist, der zu einer tiefen Verdüsterung Dr. Wirths geführt hat, die manche seiner nicht immer verständlichen tatsächlichen Handlungen zum mindesten erklären läßt.

Als Herr Dr. Köhler als Reichsfinanzminister berufen wurde, schrieb wir im Volksfreund (Nr. 24 vom 29. Januar 1927) u. a.:

„Der Reichsbannermann Dr. Köhler, gegenwärtiger Staatspräsident, Republikaner und jahrelanger Rufer im Kampfe für Republik, Demokratie und sozialer Ausgestaltung des neuen Staatswesens — Kabinettsmitglied der Herzt, Schiele und Graefl. Das so alt zu schänden dürfte auch manchem badischen republikanischen und demokratischen Zentrumsmann ziemlich schwer fallen. Der Reichsbannermann Dr. Marx als Führer des Bürgerblockes auf Hindenburgs Befehl, der Reichsbannermann Dr. Köhler als der Kassenswart dieses Blocks — das ist immerhin eine Entwürdigung zweier bisher prominenter Vertreter politischer freibürgerlicher Gedanken und Bestrebungen, der natürlich die nicht ganz so elastische Masse der deutschen Reichsbannerkameraden, Republikaner und sozialer Demokraten nicht so schnell zu folgen vermag. Frei Heil! Herr Kanzler des Rechts- und Bürgerblockes! Frei Heil! Herr Finanzminister im strahlenden Kranze reaktionärer deutschnationaler Vertreter!“

Diese Meinungsäußerung hat man uns damals in manchen Zentrumskreisen und auch Herr Dr. Köhler selbst ein wenig übel genommen. Der Gang der Ereignisse und die Vorgänge der letzten Tage geben uns aber doch wohl die Berechtigung, heute die damals ausgesprochenen Sätze wiederholen zu dürfen. Man wandelt nicht ungestraft unter Palmen und ungestraft kann auch das Zentrum in der demokratischen Republik nicht Bürgerblockpolitik mit ausgesprochenen Monarchisten treiben.

## Reichsfinanzlage und das Memorandum des Reparationsagenten

Das Reichskabinett beschloß sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Prüfung des für die Reichsfinanzminister von dem Reparationsagenten übermittelten Memorandums. Zugleich nahm das Kabinett an den Darlegungen Kenntnis, welche der Reichsfinanzminister am 26. ds. Mts. im Hauptauschuß des Reichstages über die Finanzlage des Reiches machen wird.

Heute vormittag 10 Uhr wird der Reichsfinanzminister die Vertreter der Regierungsparteien, um 11 Uhr die Vertreter der übrigen Parteien informieren. Im Laufe des heutigen Tages wird die Reichsregierung aller Wahrscheinlichkeit nach eine öffentliche Erklärung über die Denkschrift Parker Gilberts abgeben. Die Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit dem Reparationsagenten, die am Samstag begonnen und noch kein abschließendes Ergebnis erzielt haben, werden fortgesetzt werden.

## Lloyd George über europäische Küstungsgefahren

Ohne allgemeine Abrüstung keinen Frieden

In einer Rede in einer Versammlung der britischen Liga für Völkerverbund wies Lloyd George noch darauf hin, daß die Streitigkeiten und Kriegsvorbereitungen in Europa das Gefühl aufkommen ließen, daß es zu einer Wiederholung der Katastrophe von 1914 kommen werde, wenn nicht die Vernunft das Übergewicht erlange. Der Völkerverbund allein könne die vorhandenen Schwierigkeiten beseitigen ohne einen Konflikt herbeizuführen. Der Hauptgrund zur Unruhe bestehe in der flagranten Nichtachtung der hinsichtlich der Abrüstung gegebenen Versprechen. Die Siegerstaaten hätten insgesamt 19 Millionen Soldaten, die besiegten Nationen dagegen nur 250 000 und das werde Sicherheit genannt. Europa könne keinen Frieden haben, so lange die Abrüstung nicht überall durchgeführt sei. Wenn nicht diejenigen, welche die Friedensverträge erzwangen, abrüsteten, würden sie einen großen Vertrauensbruch begehen. Lloyd George sagte weiter, er lege großen Wert auf die Rückkehr Kublands in die brüderliche Gemeinschaft der Nationen. Ueber den Mißerfolg der Genfer Marinekonferenz sprach Lloyd George sein Bedauern aus.

## Vermindeung der Besatzungstruppen

Paris, 24. Okt. (Eig. Drabt.) Die hiesigen Blätter melden aus Mainz, daß mit der Zurückziehung der Truppen aus dem Rheinland am Sonntag begonnen wurde. Sechs Maschinengewehr-bataillone haben das Rheinland bereits verlassen, zwei davon sind aus Koblenz, je eines aus Worms, Neustadt, Speyer und Landau zurückgezogen worden. Die Zurückziehung der Truppen wird in den nächsten Tagen fortgesetzt. Zwei Bataillone des 52. Pionierregiments werden aus Trier nach Innenfrankreich transportiert. Die Zurückziehung der Truppenbestände dürfte bis 31. Oktober beendet sein.

## Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Tschechoslowakei

Prag, 24. Okt. Die gestrigen Wahlen in die Ortsvertretungen der einzelnen Bezirke von Groß-Prag erzeigten ungefähr das gleiche Bild wie die Gemeindevahlen vom letzten Sonntag. Die Kommunisten verloren in den meisten Bezirksvertretungen 1 bis 2 Mandate. Auch die tschechischen Nationaldemokraten konnten ihren bisherigen Besitzstand nicht voll behaupten. Die tschechischen Sozialdemokraten und die beiden neu auf den Plan getretenen Parteien, die Tschechisten und die Slavischen Nationalsozialisten erzielten Gewinne. Die übrigen Parteien haben im großen und ganzen ihren alten Besitzstand gehalten.

Eine Warnung vor Amerikas Geldmacht

Paris, 25. Okt. (Funkdienst.) Im Welt Parisisch beschäftigt sich der frühere Direktor des Quai d'Orsay (Auswärtiges Amt), Sevdour, mit der jüngsten Demarche des Reparationsagenten Parker Gilbert und kommt zu dem Schluss, daß die deutsche Regierung gut täte, dieser Warnung volles Gehör zu leisten.

Die Wiederaufnahme der Arbeit im Braunkohlenbergbau

Salle, 24. Okt. Nach Mitteilung der Zentralkreisleitung ist die Arbeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau heute früh überall wieder aufgenommen worden. Der Vereinbarungs-Komitee Leute wieder einzufüllen, ist nicht durchweg nachkommen worden.

Stahlhelmbübereien

Der von dem Reichsbanner anlässlich der Kundgebung am Sonntag in Arensdorf am dortigen Kriegsergebenendenmal niedergelagerte Kranz trug eine Schleife in den Reichsfarben. In der Nacht von Sonntag zum Montag wurde diese Schleife von disber unbekanntem Täter gestohlen.

Ein militärisches Fehlurteil

Frankfurt a. M., 25. Okt. Das englische Kriegsgericht verurteilte am Montag gegen den Angehörigen der englischen Besatzungsarmee, Garlick, der am 9. Oktober in Cronberg den deutschen Feldhüter Haas so heftig gegen den Leib gestossen hatte, daß dieser zu Boden stürzte und ohne die Bestimmung erlangte zu haben, verstorben. Der Angeklagte behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben, verständig angeklagt zu sein.

Aus der Schweizerischen Sozialdemokratie

Kampf dem Alkohol und den Kommunisten Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz verabschiedete sich am Samstag und Sonntag in der Bundesversammlung und genehmigte den Geschäftsbericht für das Jahr 1926. Die Versammlung nahm Stellung zu der neuen Vorlage für die Revision der Alkoholgesetzgebung und betonte noch einmal die sozialdemokratische Forderung nach scharfer Bekämpfung des Alkoholismus und wirksamer Finanzierung der Sozialversicherung.

Von den Weltrevolutionären

Moskau, 25. Okt. Das Zentralkomitee hat beschlossen, Sinowiew und Trotski aus dem Zentralkomitee auszuschließen.

Sif

Das Weib, das den Mord beging

Von Heik-Mallekewen. (Copyright 1926 by Drei Masken Verlag AG., München) (Nachdruck verboten.) Dieser Tag beginnt insofern unglücklich, als in einer der unten noch zu erwähnenden Arrestzellen des Hauses noch vor dem Anfall des gestern eingetretene Pegan Strater einen hysterischen Anfall bekommt, bei dem sie dem Gemeindegast zu schreien beginnt. Dann ergrift eine Injektion der Zelle, daß die Inzassin in diesem Anfall wie ein junger Hund mit den Zähnen ihre Bettdecke zerfleischt hat. . . vollkommen rätselhaft, wie es diese kleine sarte Person zustande gebracht hat, mit der Dede, dem Laten, mit allem fertig zu werden, was das Haus der „Confederation of good works“ an Wohlthat für diese Zelle aufzubietet.

Gegen die Erhöhung der Diäten für die Reichstagsabgeordneten

Das letzte Geleit über die Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Reichstags bestimmt, daß diese Entschädigung ein Viertel des Grundgehalts eines Ministers beträgt. Das sind monatlich 618 Mark. Nun erhält kein Abgeordneter monatlich diese Summe ausbezahlt. Erstens kommen die Beiträge für die Fraktion in Abzug, die in der Regel 10-20 Prozent der oben genannten Summe ausmachen; zweitens sind höchstens nur die in Berlin und nächster Umgebung wohnenden Abgeordneten in der Lage alle n Sitzungen beizuwohnen. Verpflichtungen, die sich aus der beruflichen Tätigkeit ergeben und besonders auch Verpflichtungen agitatorischer Natur für die eigene Partei, führen immer wieder dazu, daß Abgeordnete jeden Monat bei einigen Sitzungen fehlen. Für jeden Verfall werden 20 M. abgezogen.

Es darf deshalb mit Zug und Recht behauptet werden, daß die den Abgeordneten zufließenden Gelder aus der Aufwandsentschädigung in keiner Weise ein berechtigtes Maß überschreiten. Es kommt noch hinzu, daß a. B. bei der Sozialdemokratie — auch bei einigen bürgerlichen Parteien — die Abgeordneten für ihre Ausgaben, die die vielen Versammlungen in eigenen Wahlbezirken erfordern, keinerlei Vergütung erhalten. Mit den Diäten der Reichstagsabgeordneten kann also, um ein bekanntes Wort zu gebrauchen, in der Tat nicht viel Staat gemacht werden.

Vorschläge zur Regelung der Flaggenfrage

Der Arbeitsausschuss der „Vereinigung Republikanische Presse“ hat dringliche Vorschläge zur Regelung der Flaggenfrage ausgearbeitet, die der Reichsregierung und den Reichstagsfraktionen der Sozialdemokratischen Partei, Deutsch-Demokratischen Partei, Deutschen Volkspartei, Wirtschaftsvereinigung und dem Zentrum zugesandt worden sind und für deren gesetzliche Durchführung die Republikanische Presse sich einsetzt.

sondern um die Flagge für die Reichswehr. Die Reichsverfassung sieht eine besondere Reichswehrflagge für notwendig, so ist es unabweisbar, als solche die jetzt schon bestehende Flagge des Reichswehrministeriums zu wählen, die schwarzrotgold mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte ist. Diese Regelung empfiehlt sich schon deshalb, um die Überfülle der bereits bestehenden Flaggen einzuschränken. Auch ist nicht einzusehen, weshalb die Reichswehr eine andere Flagge als der Reichswehrminister führen soll.

Der Vatikan und der Faschismus

Ein interessanter Beitrag zur päpstlichen Diplomatie Mehr als fünfzig Jahre lang — seit der Eroberung Roms und des Kirchenstaates durch den König Viktor Emanuel am 20. September 1870 — hat ein unüberwindliches Hindernis zwischen der italienischen Regierung und dem Vatikan bestanden. Die Niederwerfung ihrer weltlichen Macht haben sich alle Päpste 1870 in eine Art freiwillige Gefangenhaft gegeben; sie haben niemals den Vatikan und die Kirchen des Vatikan verlassen und den Anspruch auf Wiederherstellung der päpstlichen Souveränität über ihr früheres Bestium stets mit allem Nachdruck vertreten. Das feierte das offizielle Vatikan den 20. September demokratische Nationalfeier und lebte jede Art von Beziehungen zum Vatikan ab. In den 57 Jahren des liberalen Regimes ist nie ein ernsthafter Annäherungsversuch zwischen dem Vatikan und dem Vatikan, dem Sitz des Papstes, unternommen worden. Dagegen hat der laizistische Gegensatz oft kriechende Zuspitzungen gegeben, zumal der Freimaurerorden mit ausgeprägten kirchengegnerlichen Tendenzen einen starken Einfluss auf die verschiedenen Regierungen ausübte.

Selbst aber der Faschismus sich zur Aufgabe gemacht hat, alles auszuräumen, was im liberalen Vatikan Macht und Einfluss ausübte, und insbesondere gegen den Freimaurerorden einen Kampf unternahm, hat auch dieses Problem ein neues Gesicht erhalten. Der Vatikan, dessen diplomatische Methoden oft bewundernswürdig überlegen sind, hat in dem Faschismus ein Mittel erblickt, das bisher unerreichtes Ziel der Wiederherstellung seiner weltlichen Macht auf neue Weise zu verfolgen. Da sich Mussolini in seiner moralischen Forderung um jeden Preis nach Freunden suchen mußte, zeigte er, der alte fanatische Atheist und Gotteslästerer, nicht nur die Kirche zu nähern, er ließ sich nach dem Vatikan hinwenden. Er ließ eine Reihe von Konventionen, z. B. die Wiedererrichtung der Kreuzfahrte in Schulen und Gerichtshöfen. Dafür verzichtete der Vatikan darauf, die „Pönolar“, d. h. die politische Partei der italienischen Katholiken, vor den Verhältnissen durch den Faschismus zu schließen.

Rein, es ist nicht meine Mission, den Ereignissen voranzutreiben durch Angabe dessen, was zur Stunde in der heute mit vorliegenden Akten der Kunstmalerintrafik Sif Brudner nicht enthalten ist. Nicht meine Aufgabe ist es, darzulegen, weswegen in dieser Stunde in der der Schmalhans mit Smoel W. Hobson unterhandelt, warum es die kleine Sif ein einziges Wort kosten würde, um ein Robby zurückzubringen. . . nicht meine Sache, zu unteruchen, warum es ihr verlagt bleibt, dieses Wort — ihren richtigen Christennamen — auszusprechen, nicht meine Sache, zu fragen, weswegen sie das dunkle Gesicht über den Wegen skuldolier armer Menschenkindern waltet. . .

Partial text from the adjacent page, including "Der Vatikan und der Faschismus" and "Sif".









